

Deutsche Zeitung

Jahrgang 216

für Anhalt und Thüringen.

Nummer 467

Abonnementspreis: vom 7. 10. bis 10. 11. 40 000 000 — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und andere Messagerien entgegen. — **Hälfte** enthält den Vertrag von Scherbenberg. —

Halle-Saale

Anzeigenpreis: (Umschlagzeit: Schlußzahl des D. B. S. D. = 100 000). Die 8 Spalten, 36 mm breite Millimetergröße 40 Mt. Kleine 6 Spalten 30 Mt. Zeitungsgröße 10 Mt. Die 8 Spalten, 30 mm breite Zeitungsgröße 200 Mt. Rabatt nach Tarif. **Erstausgabe Halle-Saale.**

Donnerstag, 11. Oktober 1923

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürststr. 8209. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag von **Otto Chtele, Halle-Saale**

Stinnes und die große Koalition

Die Wiederaufnahme der Arbeit

Schwerindustrie und Reichsregierung

Die Ausschaltung der deutschen Regierung

Berlin, 10. Oktober.
In einer von uns veröffentlichten, offenbar halbamtlichen Erklärung heißt es: Die deutsche Regierung hat ihren diplomatischen Vertretern in Paris und Brüssel einen neuen Schritt bei der französischen und belgischen Regierung unternehmen lassen, um an den Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet teilzunehmen. Dies ist ihr verweigert worden, solange der passive Widerstand nicht aufgehört hat. Die alliierten Regierungen wollen die Frage nicht mit der deutschen Zentralregierung erörtern, das heißt mit den Behörden, die von Berlin aus jetzt den Widerstand gegen die Befehle organisieren, aber sie sind bereit, direkt mit den alliierten Behörden oder den belgischen Unternehmern oder Arbeitgebern alle notwendigen Vereinbarungen über die Wiederaufnahme des normalen Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet zu treffen. Die Einmütigkeit der deutschen Regierung werde nur die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit hinausziehen. Sobald die Einstellung des passiven Widerstandes in der Praxis vollständig ist, steht dem Reichsdelegationen der Freisinnigen frei, sich an die Reparationskommission zu wenden, um ihre Wünsche bekanntzugeben und zu verlangen, über die günstigen Verhandlungen der Reparationskommission gehört zu werden.

Das ist nüchtern und offen das Programm, von dem wir alle wissen, daß es einzig und allein uns helfen kann. Führen wir es nicht freiwillig durch, so wird es uns eines Tages von außen aufgedrungen, nachdem Millionen Deutscher verhungert sind. An diesem notwendigen Programm des gesunden Menschenverstandes wird die große Koalition scheitern und die sozialistische Presse schämen vor Wut.

Der deutsche Schritt in Brüssel und Paris

Brüssel, 10. Oktober.
Die „Agence Belge“ meldet: Der deutsche Geschäftsträger hatte vormittags eine Unterredung mit dem Außenminister Papar, dem er mitgeteilt haben soll, daß die deutsche Regierung bei der Wiederaufnahme der Tätigkeit im Ruhrgebiet mitzuarbeiten und wieder auf Reparationskonto Stelle zu liefern. Das Reich wünsche ferner den Zutritt von deutschen, französischen und belgischen Delegierten zur Regelung der Frage. Papar soll dem deutschen Geschäftsträger erklärt haben, er werde sich mit der französischen Regierung in Verbindung setzen. Auf jeden Fall aber müsse das Reich den zur Vierung von Brennstoff bereiten Antrüffeln versprechen, daß es diese bezahle werde, und ferner den belgischen Eisenbahnen befehle, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Sünden der letzten Koalitionsfraktion, das heißt des innerpolitischen Zwistes, können sich bitter rächen zu wollen. Während Reichsminister Stresemann mit den Fraktionen um eine neue Regierung rana, haben sich im belgischen Ruhrgebiet Dinge abgepielt, die zu einem bedenklichen Konflikt zwischen Schwerindustrie und Reichskabinet führen können. Dabei kann man vom Standpunkt einer vorurteilslosen Betrachtung aus zunächst keiner der beiden Parteien einen Vorwurf machen. Die Ruhrkohlenherren um Stinnes hatten die Aufgabe und die Pflicht, die durch den Abbruch des passiven Widerstandes geschaffene Lage zu nützen, und so weit wie möglich nach Düsseldorf, um mit General Douquet zu verhandeln. Dr. Stresemann war durch den Koalitionszwist derart in Anspruch genommen, daß er die Großindustriellen vor ihrer Abreise ins Ruhrgebiet nicht mehr empfangen konnte.

Und nun der Konflikt: Er hat genau denselben Ursprung wie die politische Krise, nämlich in dem Grundgedanken des Achtstundentages. Am 30. September hatten die Ruhrkohlenherren in einer Zusammenkunft im Kurhaus Königsborn bei Unna den Beschluß gefaßt, daß ein Abbau des weit über den Weltpreis geliegenden deutschen Kohlenpreises erfolgen müsse, daß dies aber nur möglich sei durch eine Arbeitszeit, wie sie vor dem 1. August 1914 galte. Der „Achtstundentag“ am 1. September 1914 galte. Der „Achtstundentag“ heißt, von 1/2 Dollar 1914 auf 4/5 Dollar heutigen. Hugo Stinnes, der angefaßt der bestgenährte Anwalt gegen diese Berlin die Frucht in die Öffentlichkeit entrot, hat sehr eifrig gekämpft, wie der Beschluß von Unna hinter den Reichstagskulisen zum Sturz des ersten Stresemann-Kabinetts und zum — Nichtaufkommen eines Wirtschafts- oder Wirtschaftsministeriums geführt hat. Heute interessiert nur noch der andere, der jetzt erst aktuell werdende Konflikt.

Paris, 10. Oktober.
Was meldet, daß der deutsche Geschäftsträger Reichsdelegationen in Paris heute von Binarde empfangen wird, weil es nicht möglich gewesen sei, ihn wegen seiner Missionspflicht von Paris früher zu empfangen. Die Delegation, die Reichsdelegationen in Brüssel bei der belgischen Regierung ausgeführt wurde. Der Brüsseler Vertreter erklärte, „Was die Paris“ meldet, wenn der Vorklag der deutschen Regierung nicht aufgenommen und die belgische Kommission zur Schlichtung der Grundlagen für die Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet gebildet werde, so werde Belgien in ihr vertreten sein durch die Delegierten Molani, Jacquemin und den Leiter der belgischen Mission Danneberg.

Um den Achtstundentag

Berlin, 10. Oktober.
Die Arbeiter der Ruhrbetriebe sind an die Verhältnisse mit dem Erlass von die Verlängerung der Arbeitszeit unter Tage auf 8 1/2 Stunden heranzutreten. Die Arbeitgeberverbände haben demgegenüber ihre Mitglieder aufgefordert, an der tariflich vereinbarten Arbeitszeit festzuhalten. Der Reichsarbeitsminister bemüht sich, einen Konflikt zu vermeiden, er hat deshalb vorgeschlagen, diese Frage am 10. Oktober gelegentlich der Lohnverhandlungen zwischen den Tarifpartnern zu erörtern. Bis dahin soll von einer einseitigen Herabsetzung der tariflich vereinbarten Arbeitszeit abgesehen werden. (Eigener Drahtbericht.)

Der Stinnes-Brief

(Von unferer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 10. Oktober.
Für die Berichte aus dem Reichstag bringt der Durchschliffen, daß nicht darauf damit zu tun hat, sein Interesse mehr auf. Es genügt, wenn man die letzten Schlägen liest und daraus entnehmen, daß die Delegation der Freisinnigen freilich ein solches Verhalten vorläufiger Zustimmung wieder nicht beabsichtigt worden ist, daß die sehr tragische eigentliche Zustimmung aber erst morgen stattfindet. Der Berliner Reichstag ist für die belgischen Deutschen längst erledigt. Dagegen ist ein von Hugo Stinnes an seinen Praktikanten Dr. Scholz am 10. Oktober abgeschickter programmatischer Brief Tagelager, den gestern in später Stunde ein Kommunist in Reichstag wie eine sensationelle Enthüllung vorlas. Er ist sehr nicht einmal geheim oder vertraulich, sondern von Stinnes selbst zur Veröffentlichung gegeben. Jetzt, wo die republikanisch-demokratisch-sozialistische Bewegung zum Vorschein kommt, hat das deutsche Volk ein Recht darauf, zu erfahren, wie sein größter Wirtschaftler über die Lage denkt. Es ist selbstverständlich, daß die „Akte Stinnes“ heute lobenswert und Hugo Stinnes ein Landesvater und Arbeitermörder sind. Klappern gehört zum Handwerk der Sozialpolitik. Deshalb ist Stinnes erhaben. Was er tut, ist er frei und offen. Weil er vor der sogenannten öffentlichen Meinung keine Scheu hat, findet er stets den Mut zum Bekanntnis und hat dies auch in den Namen der erst nach dem Erige vom Stapel gelassenen Dampfer sehr richtig gesagt. Einer heißt „Ludendorff“, der alle den auf der Linde verhassten gegen deutschen Feldherrn zum Kaufpaten, ein anderer „Bebel“, hält also die Erinnerung an den bedeutungsvollen Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung wach. Wie man sieht, ist Stinnes völlig vorurteilslos und ganz an Gemeinwohl interessiert. (Eigener Drahtbericht.)

Um den Achtstundentag

Nach den bisherigen Verhandlungen der Ruhrindustriellen mit der Reichsregierung besteht nur geringe Aussicht, daß der Bescheid über seinen Beschluß nach Wiedereinführung der 8 1/2stündigen bzw. 10stündigen Arbeitszeit revidieren oder zurücknehmen wird. Reichsminister Stresemann hat persönlich die Leitung der Verhandlungen des Kabinetts mit den Ruhrindustriellen übernommen und den Beschluß nach Eten übermittelt, den Beschluß des Bescheidvertrages aussetzen, bis die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes in der Ruhrfrage und der Wirtschaftsfrage gesetzliche Verfügungen erlassen wird.

Stinnes und Minoug

(Von unferer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 10. Oktober.
Eine ganz esplanadische Meldung hat die Wirtschafts- und Arbeiterzeitung und Angehörigen und der Beamtenverbände haben den einmütigen Beschluß, an den Vorstand des Reichsarbeitsministeriums zu richten, aus der zentralen Arbeitsgemeinschaft auszuscheiden. Machegebend für diesen Beschluß waren die letzten Maßnahmen des schwerindustriellen Unternehmertums, die, wie der Aufsichtsmittel, gegen die Lebensinteressen der gesamten deutschen Nation verstoßen und sich waltürlich und einseitig über Gesetz und Vertrag hinwegsetzen.

Stinnes und Minoug

Berlin, 10. Oktober.
Seine ganz esplanadische Meldung hat die Wirtschafts- und Arbeiterzeitung und Angehörigen und der Beamtenverbände haben den einmütigen Beschluß, an den Vorstand des Reichsarbeitsministeriums zu richten, aus der zentralen Arbeitsgemeinschaft auszuscheiden. Machegebend für diesen Beschluß waren die letzten Maßnahmen des schwerindustriellen Unternehmertums, die, wie der Aufsichtsmittel, gegen die Lebensinteressen der gesamten deutschen Nation verstoßen und sich waltürlich und einseitig über Gesetz und Vertrag hinwegsetzen.

1 Goldmark	710 108 809
(auf Dollar-Basis)	
1 Dollar-Brief	2 967 562 500
1 Dollar-Geld	2 982 437 500
1 Pfd. Sterling	13 466 250 000
1 holländ. Gulden	1 102 087 500
1 schweiz. Franc	528 675 000
1 franz. Franc	181 545 000

Stinnes und Minoug

Nach den bisherigen Verhandlungen der Ruhrindustriellen mit der Reichsregierung besteht nur geringe Aussicht, daß der Bescheid über seinen Beschluß nach Wiedereinführung der 8 1/2stündigen bzw. 10stündigen Arbeitszeit revidieren oder zurücknehmen wird. Reichsminister Stresemann hat persönlich die Leitung der Verhandlungen des Kabinetts mit den Ruhrindustriellen übernommen und den Beschluß nach Eten übermittelt, den Beschluß des Bescheidvertrages aussetzen, bis die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes in der Ruhrfrage und der Wirtschaftsfrage gesetzliche Verfügungen erlassen wird.

